Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9491**

14. Wahlperiode 18. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Petra Pau, Ulla Jelpke, Sabine Jünger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/7792 –

Bürgerrechte schützen – öffentliche Sicherheit verbessern

A. Problem

Für die Beurteilung legislativer Maßnahmen zur Terrorbekämpfung sowie vorhandener und neu zu schaffender Befugnisse der Sicherheitsbehörden sind insbesondere die im Grundgesetz festgelegten Grund- und Freiheitsrechte sowie die weiteren Grundsätze des demokratischen Rechtsstaats Maßstab. Vor allem müsse das Prinzip der Verhältnismäßigkeit beachtet werden.

Es bedürfe eines umfassenden Konzepts für bessere öffentliche Sicherheit, dessen Leitlinien die Balance zwischen Sicherheitsmaßnahmen und Freiheitsrechten sein müsse. Insbesondere gelte es, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu schützen und den Gleichheitsgrundsatz nicht zu verletzen.

Darüber hinaus sollten die gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus bekämpft und die demokratische Gesellschaft gestärkt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/7792 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2002

Der Innenausschuss

Ute Vogt (Pforzheim)
Vorsitzende

Günter Graf (Friesoythe)
Berichterstatter

Wolfgang Zeitlmann
Berichterstatter

Cem Özdemir
Berichterstatter

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Günter Graf (Friesoythe), Wolfgang Zeitlmann, Cem Özdemir, Dr. Max Stadler und Ulla Jelpke

1. Der Antrag wurde in der 209. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Dezember 2001 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen.
2. Der Rechtsausschuss hat in seiner 132. Sitzung am 12. Juni 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.
3. Der Innenausschuss hat den Antrag in seiner 99. Sitzung am 12. Juni 2002 abschließend beraten und ihn gegen die Stimmen der Fraktion der PDS mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

Berlin, den 12. Juni 2002

Günter Graf (Friesoythe)
Berichterstatter

Wolfgang Zeitlmann
Berichterstatter

Cem Özdemir
Berichterstatter

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333